Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

48. Jahrg. | Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, ausschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern. | Leipzig, den 3. Dezember 1910. | Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergnügungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt. | Nr. 139.

Streifzüge.

XIII.

Dem Endpunkt unsrer Streifzüge nunmehr zusteuernd, müssen doch noch einige Seitenwege eingeschlagen werden. Die sich hier ergebende Beute ist eine Ergänzung der schon gemachten und zweckdienlich kommentierten Aufzählungen dessen, was das spähende Auge zu entdecken vermochte. Fast jeder Tag bringt eben neue Erscheinungen.

Wenn sich jemals der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis klaffend gezeigt hat, so jetzt bei den Buchhändlern. Wie ist in deren offiziellem Organ und der „Allgemeinen Buchhändlerzeitung" gerade in diesem Jahre nicht schon gegen die im Buchdruckgewerbe bestehenden bzw. angestrebten Verhältnisse und Einrichtungen auf tariflicher Basis losgedonnert worden? Gegen den Druckpreisetarif wandte sich ihr Hauptgroll, aber auch die andren Gebiete der Tarifpolitik der Buchdrucker umfassen sie mit gleicher Liebe. Sie mischen sich in die eigensten Angelegenheiten des Buchdruckgewerbes ein und brachten allerlei Verböserungen in Vorschlag in der spekulativen Erwartung, ihr Schäfchen dabei ins trockene zu bringen. Herr de Gruyter sprach von Übergriffen in das Interessengebiet der Konsumenten und drohte mit der Gründung von eignen oder genossenschaftlichen Druckereien als Mittel der Selbsthilfe gegen den die Schmutzkonkurrenz bekämpfenden Preistarif. Herr Artur Heß machte im „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel" Ausführungen gegen die „unnatürlichen Vorschriften" des Deutschen Buchdruckervereins, sprach von einem Vorgehen gegen „sogenannte" Schleuderer und verlangte die Aufstellung von Preisen, die mit einer rationellen Geschäftsführung in Einklang zu bringen sind, und charakterisierte gar noch die eventuellen Maßnahmen gegen der Schmutzkonkurrenz überführte Firmen als ein Vergehen im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung, d. h. als mit Gefängnis zu strafenden Terrorismus. Herr Max Paschke deduzierte in seiner Denkschrift in ähnlicher Weise. Der Preistarif läuft seiner und seiner Auftraggeber Ansicht nach der Gewerbeordnung direkt zuwider und beabsichtigt dem Auftraggeber die Preise zu diktieren. Im weiteren sprach Herr Paschke auch von der „Unmöglichkeit einer allgemeinen ernsthaften Durchführung von Mindestpreisen", plädierte für die „persönliche Freiheit des einzelnen Buchdruckers hinsichtlich der Preisberechnung" und artikelte im „Börsenblatt" ein langes und breites über „Theorie und Praxis im Buchdruckgewerbe". Was die Druckpreiskommission des Deutschen Verlegervereins und des Verbandes der Fachpresse im Juli dieses Jahrs an Argumenten gegen eine einheitliche und angemessene Preisgestaltung in ihrem die mittleren und kleineren Druckereibesitzer mobilisierenden Flugblatt ins Feld führte, sei hier übergangen. Nur sei noch ein auf Antrag der Verleger zu Kantate 1909 von der Hauptversammlung des Börsenvereins der deutschen Buchhändler gefaßter Aufhebungsbeschluß erwähnt. Es handelt sich um die bis dahin für das „Börsenblatt" gegoltene Bestimmung: „Anzeigen, in denen Druckereien sich zum Arbeiten unter dem gültigen allgemeinen deutschen Buchdruckertarif erbieten, sind von der Aufnahme auszuschließen". In der Folgezeit haben denn auch einige tariffreie Druckereien den Verlegern im „Börsenblatt" ihre schätzbaren Dienste offeriert. An alles dies sowie an die in diesem Jahre geschaffene Verkehrsordnung für den deutschen Buchhandel, die einem Preistarife gleicht wie ein Ei dem andren, muß erinnert werden, wenn die in voriger Nummer enthaltene Rundschaunotiz von einer durch den Börsenverein der Buchhändler verhängten Sperre richtig verstanden werden soll. Die von Angestelltenverbänden und einzelnen Gewerkschaften in den letzten Jahren errichteten eignen Buchhandlungen zum Zwecke der Versorgung der Mitglieder mit Büchern und andren literarischen Erzeugnissen unter Ausschaltung des hohen Buchhändleraufschlags sollen damit getroffen und werden bei der straffen Zwangsorganisation im Buchhandel dadurch jedenfalls auch vernichtet werden. Der Börsenverein deutscher Buchhändler versucht in der Tagespresse diesen Gewaltakt zugunsten einer seiner Sparten folgendermaßen zu rechtfertigen:

> Es handelt sich hier um eine wirtschaftliche Abwehrmaßregel des schwer um seine Existenz ringenden Sortimentsbuchhandels, von dessen Bestand die lebhafte Blüte des deutschen Verlags zum Teil abhängt. Die starke Produktion des deutschen Buchhandels, welche die andrer Länder um ein Vielfaches übertrifft, hat bekanntlich der deutschen Nation den Ehrentitel des Volks der Dichter und Denker verschafft. In dem wirtschaftlichen Kampf um sein Dasein wird der Sortimentsbuchhandel durch den deutschen Verlag fast allgemein unterstützt. Demgemäß ist der genannte Börsenverein veranlaßt worden, Schutzmaßregeln zur Erhaltung der für den Buchhandel notwendigen zahlreichen Verkaufsstellen zu treffen. Es handelt sich also um den Schutz berechtigter Interessen. In den Verbandsbuchhandlungen sieht die überwiegende Mehrheit des deutschen Buchhandels Neubildungen, welche die bisherige Beschaffenheit des wirtschaftlichen Apparats ungünstig verändern, und demzufolge wurde der Versuch gemacht, dem Fortschritte solcher Neubildungen entgegenzuwirken.

Dieses Dokument buchhändlerischer Wahrnehmung berechtigter Interessen und gerechtfertigter Schutzmaßnahmen gegen Unternehmungen, welche die Gewerbe- und die Preisfreiheit ausnützen, sei im „Korr." für alle Zeiten festgenagelt. Bei den Buchdruckern die Außenseiterei mit allen Mitteln, selbst auf die Gefahr der Erschütterung des gewerblichen Friedens hin, fördernd, bei sich aber rücksichtslos den wirtschaftlichen Vernichtungskampf gegen jede Abweichung von dem buchhändlerischen Sittengesetze führend, so will es nun einmal die dort übliche Auffassung von Theorie und Praxis! Die Buchhändler konnten sich gar nicht derber ins Gesicht schlagen als mit der Sperre über die Verbandsbuchhandlungen sowie der gleichzeitigen Bekämpfung des Druckpreisetarifs und einschneidender Bestimmungen des Lohntarifs der Buchdrucker. Das ist eine Moral, eine „Doppelzüngigkeit" (von der in der Gruyterschen Broschüre die Rede ist), wie sie sich suchen läßt. Den Fall wollen wir uns ja merken! Denn von den Quertreibereien des Buchhandels haben auch wir Gehilfen schon genugsam zu spüren bekommen und werden noch manchen Ansturm von dieser Seite abzuwehren haben.

Die „Deutsche Buchdruckerzeitung" kann man ebenso wie die Buchhändler und Verleger leicht beleidigen, wenn man sie der Tariffeindlichkeit zeiht. Sie hat gegen einen Tarif gar nichts, nur muß er nach dem Rezepte der durch sie sprechenden Scharfmacher sein. In Wirklichkeit laufen die ganzen Taten der „D. B.-Ztg." aber auf eine starke Verschlechterung des gewerblichen Standards hinaus. Die von ihr eingeführten V.-M.-Anzeigen bei Wiederauflebung der N.-V.-Inserate — NB. nur seitens der „D. B.-Ztg." von der gesamten Fachpresse — haben sich schon vor eineinhalb Jahren als raffinierte Tricks herausgestellt. Damals fühlte sich die „D. B.-Ztg." durch den dies feststellenden „Korr." beleidigt, strengte Beleidigungsklage gegen den Kollegen Rexhäuser an, erfuhr vor Gericht eine Niederlage und zog kurz vor dem Berufungstermine die Sache zurück. Wir haben unlängst das Schicksal verschiedener auf solche Inserate eingereichter Offerten verfolgt und sind zu Schlüssen gelangt, die der früheren Bewertung der V.-M.-Anzeigen durchaus gleichen. Aber die „D. B.-Ztg." hat in ihrem winzigen Arbeitsmarkt, auf dessen Hebung sie schon viel Geld und Mühe verschwendet hat, auch Inserate, an deren Echtheit kein Zweifel besteht. Da sucht z. B. in der Nummer vom 27. November die Druckerei Gebr. Wullstein in Schönebeck a. Elbe einen Maschinenmeister. Diese Firma ist der schlimmsten eine von jenen, die durch Preisunterbietungen und infolge ihrer nicht im entferntesten dem Tarif entsprechenden Arbeitsverhältnisse (zehnstündige Arbeitszeit, Löhne von 18—26 Mk., neun Lehrlinge bei neun Gehilfen) die Schleuderei en gros betreiben können. Nur in den Blättern des Arbeitgeberverbandes kann eine solche Druckerei noch ihre Lockrufe nach Gehilfen ertönen lassen. Die Prinzipale in Schönebeck (dem dunkelsten Punkt auf der tariflichen Landkarte Deutschlands) mit ihrem fast erstaunlichen Widerstande gegen das „Tarifjoch" (siehe Nr. 134) bilden vielleicht gar einen „feinen Ortsverein" im Scharfmacherverbändchen! Ja, ja, die „D. B.-Ztg.", der „an sich" nicht zu verwerfende Tarif und die Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz, das sind drei Dinge, die absolut nicht unter einen Hut kommen. Beiläufig sei bemerkt, daß ebenso wie die mit N.-V., G.-B. oder V.-M. signierten Arbeitsmarktanzeigen in den Arbeitgeberverbandsorganen auch jenes Konditionsgesuch im Berliner „Vorwärts" vom Standpunkte der Gewerbemoral zu beanstanden ist, laut welchem ein Akzidenz- oder Inseratensetzer Stellung sucht unter Heraussteckung des Etiketts Parteigenosse. Das eine wie das andre ist unzulässig.

Eine weitere Erhöhung der Löhne bei der nächsten Tarifrevision ist nicht gerechtfertigt, nämlich nach Ansicht der in diesem Punkte von alters her wirklich konsequenten „Deutschen Buchdruckerzeitung". Onkel Blanke war seiner Lebtag der Schutzpatron der billigen Nichtverbändlerei. Seine Schützlinge rissen ihm aber schon um etliches früher aus, als die Parze Klotho seinen Lebensfaden zu Ende gesponnen hatte. Die Leute, deren Geist jetzt das von ihm begründete Blatt beherrscht, haben das Blankesche Prinzip nicht verlassen. Aber es steckt ihnen zu enge Grenzen, ist ihnen zu altfränkisch. Die „Erben" arbeiten nicht mehr gern mit solchen verschimmelten Argumenten, und, Gott sei's geklagt, unsre Kollegen und der „Korr." haben ihnen neue „Waffen" in die Hände gedrückt. Wir wollten im vorigen Artikel, bei Erörterung der Aussichten für die nächstjährige Tarifrevision, nicht darauf zu sprechen kommen, um in keiner Weise den Deutschen Buchdruckerverein in irgendeine Ver-

bindung mit dieser Spottgeburt scharfmacherischer Denkweise zu bringen. Hier beim Kehraus sei aber kurz darauf eingegangen. Die „D. B.-Ztg.“ hat nämlich die Entdeckung gemacht, daß die Gehilfen sich eines „relativen Wohlstandes“ erfreuen. Sie folgert das aus — der von den Buchdruckern den Bauarbeitern bewiesenen glänzenden Solidarität! Dieser Wohlstand der Gehilfen steht für sie außer Frage, denn der „Korr.“ hat davon Kenntnis gegeben, wie anerkennend sich das Organ der Maurer über die von den Buchdruckern während der großen Aussperrung im Baugewerbe geleistete Hilfe ausgesprochen hat. Und deshalb folgert die „D. B.-Ztg.“ mit haarscharfer Logik:

> Die kontinuierlich fließenden freiwilligen Streikbeiträge zeigen uns also, daß die angeblich unzureichenden, der Aufbesserung dringend bedürftigen Löhne nicht nur nicht ausreichen, die dringendsten Bedürfnisse der Gehilfen zu decken, sondern daß sie darüber weit hinaus, außer den nicht gerade geringen Beiträgen für die Organisation, noch namhafte Beträge für die Unterstützung von Streikbewegungen da und dort frei lassen... Ohne unser Hinzutun drängt sich uns der Vergleich der Gesamtlage der angeblich ungenügend entlohnten Gehilfen, wie sie in diesem steten Obenanstehen beim Streikgeldersammeln, in dem steten Anwachsen des bereits nach vielen Millionen zählenden Verbandsvermögens in Erscheinung tritt, mit der uns sattsam bekannten Gesamtlage der Prinzipale auf; die wirtschaftliche Lage der Prinzipale, in ihrer Gesamtheit genommen, ist eine weit ungünstigere als die der Gehilfen. Daraus ergibt sich aber auch, daß eine weitere Erhöhung der Löhne, wie sie für die nächste Tarifrevision gefordert wird, durch die sinnfällig sich darbietenden Verhältnisse nicht gerechtfertigt erscheint.

Ist denn so etwas schon dagewesen? Der berüchtigte Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie vermag in seiner Giftküche auch kein schlimmeres Ragout zu fabrizieren, als wie es hier von den Köchen der „D. B.-Ztg.“ aufgetischt wird. Bei dem Reichsverbande zeugen die hohen Gewerkschaftsbeiträge, bei der „D. B.-Ztg.“ die Streiksammlungen von großem Wohlstande der Arbeiter! Ja, um dem Gedankengange der „D. B.-Ztg.“ zu folgen, sind denn etwa die hohen Beiträge zu den Arbeitgeberverbänden und deren Streikversicherungsgesellschaften ein Beweis für die ungünstige wirtschaftliche Lage der Unternehmer im allgemeinen und unsrer Prinzipale im besondern? Da die Buchdrucker auch fernerhin die sie von jeher auszeichnende Solidarität mit andren Arbeiterkategorien üben werden, so werden wir wohl niemals unsre Löhne mehr aufbessern können. Wir Ärmsten!

Mit der Verherrlichung der gelben Gewerkschaften schreiten das Mannheimer wie das Berliner Scharfmacherorgan weiter dem hehren Ziele zu, alles zu verungenieren, wie der alte Possenvater Kalisch sagt. Während jedoch „Der Arbeitgeber im Druckgewerbe“ g'schamig von den nationalen Werk- und Arbeitervereinen spricht, feiert die „D. B.-Ztg.“ ungeniert die „gelbe Arbeiterbewegung“ als die notwendige und allein gedeihliche organisatorische Entwicklung der Zukunft. Daß solch unsinniges Zeug nicht ohne Nebenabsichten auf unser Gewerbe verzapft wird, ist klar. Rechnet man die Bündler zu den organisierten Buchdruckern, so kämen für die Gelbsucht der Drahtzieher unter den Scharfmachern rechnungsmäßig knapp 4 Proz. der Gehilfen in Betracht. Es ist kaum zu glauben, was den zu Reismann-Grone und Zillessen schwörenden Prinzipalen alles vorgesetzt wird.

Im Faktorenorgane wurde jüngst die Zugehörigkeit des Faktors zur Tarifgemeinschaft von neuem erörtert. Ein aus Mitgliederkreisen stammender Artikel geht jedoch nicht davon aus, die Gehaltsfrage tariflich zu regeln, sintemalen die „Zeitschrift“ nach dieser Richtung gar deutlich abgewinkt hat, sondern es wird die Zuziehung von Vertretern der Faktoren zu den Tarifberatungen sowie die Verweisung der Streitigkeiten zwischen Faktor und Personal vor die tariflichen Instanzen in Anregung gebracht. Die Hinzuziehung der Faktoren als Sachverständige zu den Tarifverhandlungen wird begründet mit dem Vorteil, „unzweckmäßigen Vorschlägen sofort mit dem Gewichte der praktischen Erfahrung“ entgegenzutreten: „Manche lange Debatte könnte dadurch abgekürzt, manche kleinliche Haarspalterei vermieden werden“. Der Verfasser hat also eine sehr hohe Meinung von den Faktoren als Tarifberatern, von den Prinzipalen und Gehilfen im Tarifausschusse dagegen anscheinend die, daß diese die Partner am Tarifvertrage vertretenden Männer in puncto praktischer Erfahrung ein Manko aufzuweisen haben, das durch die Mithilfe der Faktoren an der Tarifgesetzgebung allein noch ausgeglichen werden kann. Wir haben erst in diesen Tagen wieder von einem (durchaus verbürgten) Falle Kenntnis erhalten, daß in einer größeren Druckerei der Eigensinn des betreffenden Prinzipals jemand aus dem Personale zum Faktor avancieren ließ, dessen Befähigung zu einem solchen Posten derart ist, daß nicht nur die Gehilfen, sondern auch die leitenden Personen dieser Firma in sprachloses Erstaunen versetzt wurden. Nun soll ja nicht gesagt sein, daß es allenthalben nach dieser sonderbaren Methode geht. Wir kennen ausgezeichnete Fachmänner unter den Faktoren, aber auch solche, deren praktische Erfahrung und technisches Können sie absolut nicht zu ihrem Amte qualifiziert. Ihren Befähigungsnachweis erbringt diese Art von Faktoren auf andre Weise. Die Faktoren kämen hinsichtlich ihrer Mitarbeit am Tarifwerke nur als unverantwortliche Ratgeber in Betracht, und die allgemeine Erfahrung lehrt, daß solchen Kronräten gegenüber Vorsicht am Platz ist. Diese eine in der „Graphischen Welt“ gegebene Anregung hat daher nur wenig für, um so mehr aber gegen sich. Die andre ist diskutabler. Konflikte des Faktors mit dem Personale werden die in Frage kommenden Firmen wohl immer zu den ihrigen machen, d. h. die betreffenden Prinzipale werden sich auf die Seite ihres Faktors stellen. Eine der Tarifgemeinschaft angehörende Firma wird also eo ipso in derartige Differenzfälle mit hineingezogen werden, und unter diesem Gesichtswinkel stände unsres Erachtens der Behandlung durch die Schiedsgerichtsinstanzen kein Hindernis im Wege. Wir müssen uns immer wundern, wenn man die Faktoren über ihre isolierte Stellung klagen hört. Zielt denn nicht zum Teil das eigne Streben, anderenteils die Absicht vieler Prinzipale auf Isolierung der Faktoren hin? Der freiwillige und der neuerdings immer mehr auf Verlangen der Prinzipale vollzogene Austritt aus dem Verbande — bezüglich des Gutenbergbundes ist nichts zu hören — sagt doch genug. Die Begründung des aus dem Kreise IV (Stuttgart?) kommenden Vorschlags einer Verweisung besagter Konflikte vor die tariflichen Schiedsinstanzen zwingt uns aber noch zu einigen Ausführungen. Wir haben nämlich immer die Beobachtung gemacht, daß die Redaktion des Organs der Faktoren sich wohl erdenkliche Mühe gibt, gewisse Reibungsflächen mit andren Gruppen der Gewerbeangehörigen zu vermeiden, nicht aber ihre Artikelschreiber. Auch die „Zeitschrift“ muß diese Wahrnehmung gemacht haben, denn sie riet vor einem Vierteljahre bei ihrer Kontroverse mit dem Faktorenorgane dessen Redaktion, größere Wachsamkeit denen gegenüber zu üben, „welche das Blatt vollschreiben“. Diese Mahnung wäre bei Redigierung des hier zur Kritik stehenden Artikels „Faktor und Tarifgemeinschaft“ sehr zu beherzigen gewesen. Der Verfasser leistet sich nämlich wieder eine der schon in unsren „Nachlese“-artikeln zurückgewiesenen Anrempelungen der Gehilfen, indem er u. a. schreibt: „Wir haben in den letzten Jahren öfters gehört, wie Faktoren von ihren Gehilfen wegen irgendeiner geschäftlichen Maßnahme geächtet und aus ihrer Stellung verdrängt wurden..... Wüßten aber die Drahtzieher unter dem betreffenden Personale, daß ihre Anschuldigungen, ehe es zum Klappen kommt, vor einem Schiedsgerichte gründlich untersucht werden, dann wären solche Boykotts meist im Keim erstickt.“ Man muß sich in der Tat wundern, daß nach unsren bekanntlich ziemlich heftigen Auseinandersetzungen in diesem Sommer mit den Faktoren über diesen Punkt und deren befriedigendem Ausgange von neuem solche starke Beschuldigungen gegen die Gehilfenschaft erhoben werden, und zwar noch dicker aufgetragen und noch mehr verallgemeinert. Zwei Fälle konnten die Ankläger aus den Faktorenreihen damals vorbringen; der eine lag obendrein so ungünstig für sie, daß bei halbwegs taktischem Vorgehen er im Interesse der Faktoren hätte unerwähnt bleiben müssen. Sonst hörte man nur allgemeine Redensarten mit keiner Spur von Beweiskraft. Wir wiesen energisch und unter Beleuchtung der tatsächlichen Verhältnisse diese undefinierbaren Beschuldigungen zurück. Dem Artikelschreiber in der „Graphischen Welt“ vom 26. November d. J. gegenüber schenken wir uns ein nochmaliges Eingehen auf die gegen ihn und seinen Meinungsanhang sprechenden Argumente. Der Redaktion des Faktorenorgans aber sei erklärt, daß wenn mit diesen unqualifizierbaren und unmotivierten Angriffen auf die Gehilfenschaft nicht Schluß gemacht wird, die Verbandsleitung und der „Korr.“ die Verfehlungen von Faktoren unsren Kollegen gegenüber nicht mehr mit der bisherigen Nachsicht behandeln werden. Wir verlangen von den Mitgliedern des Verbandes korrektes Verhalten in der Druckerei und gegenüber den Druckereileitern, umgekehrt aber auch ein angemessenes Betragen des Faktors gegenüber dem Personale. Der Artikelschreiber aus dem Kreise IV ist fürwahr das Vorbild eines „Sachverständigen“ bei den Tarifberatungen — wir danken!

Und nun sind wir am Ziele unsrer Streifzüge angelangt: beim Verband der Deutschen Buchdrucker. Da können wir denn zunächst einen erfreulichen Umstand konstatieren, nämlich die Hebung des Versammlungsbesuchs. Der „Korr.“ war leider gezwungen, vor etwa zehn Wochen eindringlich zu den Kollegen zu sprechen, daß es an vielen Orten nicht so weiter gehen könne mit der Versammlungsschwänzerei. Der Mitgliedschaften mit gut besuchten Versammlungen waren es zu wenige, der andren jedoch zu viele. Und man verstand unsren Appell und demgemäß auch den Ernst der Zeit. In den beiden hauptsächlich gemeinten Großstädten sah man in der Folgezeit wesentlich besser besuchte Versammlungen. Daß es in dieser Richtung dort weiter gegangen sein möge, ist unsre bestimmte Erwartung. Der Besuch der Versammlungen im allgemeinen ist seit jener Generalpauke, soweit aus den Berichten im „Korr.“ zu ersehen war, folgender gewesen: 44 Proz. hatten gute, 18 Proz. sehr gute, 17 Proz. befriedigende, ebenfalls 17 Proz. schlechte und 3 Proz. ganz schlechte Beteiligung aufzuweisen. Eine ganze Reihe von Berichten noch konstatierte einfach eine Besserung des Versammlungsbesuchs. Wir haben in früheren Jahren schon einige Male Feststellungen über diese wichtige Seite unsres Organisationslebens gemacht und können zu unsrer Genugtuung nicht nur gegen die Interesselosigkeit kurz vor Erscheinen des Artikels „Wie lange noch?“, sondern auch gegen früher eine wesentliche Hebung des Versammlungsbesuchs konstatieren. Das ist erfreulich. Und wie es jetzt damit steht, kann man es im allgemeinen wohl zufrieden sein. Im speziellen aber muß verschiedentlich doch endlich eine Wendung zum Bessern eintreten, wenn diese Mitgliedschaften nicht solche zweiter Klasse sein wollen. Wir dächten, die Zeitverhältnisse redeten doch eine gar zu deutliche Sprache!

Eine weitere erfreuliche Erscheinung ist die dem Geschäftsberichte des Tarifamts in Gehilfenkreisen gewordene Aufnahme. Wollte man Vergleiche nach den Verlautbarungen in der Fachpresse über den Tarifamtsbericht anstellen, das Verbandsorgan würde auch hier „ganz obenan“ stehen, wie die „D. B.-Ztg.“ zu ihrem Verdrusse dies auch in andrer Beziehung schon hat konstatieren müssen. Aus den Herbstversammlungen des Deutschen Buchdruckervereins ist nur eine einzige Erwähnung zu verzeichnen gewesen, die allerdings war sehr lobend.

Selbstverständlich sind bei einer 61000 Mitglieder starken Organisation nicht nur Lichtpunkte wahrzunehmen. Manche Verdrießlichkeit könnte den Organisations- und den Tarifinstanzen — von den der Redaktion bereiteten Annehmlichkeiten ganz zu schweigen — erspart bleiben, wenn das Pflichtgefühl und die Disziplin in Großstadt wie Provinz bei jedem Kollegen in ausgeprägtem Maße vorhanden wäre. Das sind die unabweisbaren Voraussetzungen der wahren Demokratie. Wir haben bei Beginn unsrer Streifzüge (Nr. 120) uns darüber in ernsten Worten ausgelassen; möchten

sie doch allgemein in Zukunft größere Beachtung finden! Wer Gelegenheit hat, zu beobachten, wie jede Unkorrektheit und jede Verfehlung auf Gehilfenseite von dem Scharfmacherflügel der Prinzipalität ausgeschlachtet wird, der wird sich mit uns zu dem dringenden Appell an die Kollegenschaft vereinigen, Verstöße gegen unser Tarifgesetz wie auch Insubordinationen wider die Gebote unsrer Organisation unbedingt zu unterlassen. An unsrer Gesetzlichkeit sollen alle scharfmacherischen Anschläge zuschanden werden! Durch gute Beispiele und, wenn nötig, festes Zugreifen der Besonneren kann unzweifelhaft manche „Affäre" schon im Keim erstickt und den Machinationen der in diesen Artikeln zur Genüge gekennzeichneten Störenfriede in und außerhalb unsres Gewerbes der Wind aus den Segeln genommen werden. Den Zusammenhang der ganzen Treibereien gegen die tarifliche Verfassung und ihre Organe glauben wir in den „Streifzügen" wohl deutlich genug aufgezeigt zu haben. Die Schlußfolgerungen dürften sich jedem denkenden Kollegen daher ohne weiteres aufdrängen. Strenge Pflichterfüllung in der Druckerei, Ruhe und Besonnenheit bei sich einstellenden Unebenheiten im Arbeitsverhältnisse, korrektes Verhalten bei etwaigen Differenzen und bei Verfechtung seines Rechts vorschriftsmäßiges Beschreiten des Instanzenwegs — diese Erfordernisse sind heute mehr denn je zur absoluten Notwendigkeit geworden. Wahrlich, es kann den Kollegen nicht ernstlich und nicht warm genug ans Herz gelegt werden, das zur Richtschnur ihres Handelns zu machen. Es ist ein Nonsens, heute über den Geschäftsbericht des Tarifamts in Lob und Anerkennung zu zerfließen, morgen aber oder bei der nächsten Gelegenheit oder gar überhaupt durch sein Verhalten eine entgegengesetzte Wirkung auszulösen. Es ist das nicht nur ein Unding, es ist auch unehrlich. Wir wollen einwandfrei dastehen, nach jeder Seite und in jedem Betracht. So nur kann die wohlerwogene Taktik und der ernste, feste Wille der Verbandsleitung, das Ganze vorwärts zu bringen und eine den veränderten Lebens- und Arbeitsverhältnissen entsprechende Revision unsres Tarifs herbeizuführen, gefördert werden. Durch heftige Reden, Kraftausdrücke und knallige Artikel kann die Welt nicht von heute bis morgen aus den Angeln gehoben werden; eine zielbewußte, abwägende, nicht von jedem Windstoß aus dem Geleise zu bringende Gewerkschaftsstrategie aber vermag auch die größten Hindernisse und die stärksten Widerstände zu überwinden. Sorge ein jeder an seinem Teile, daß unsrer Verbandsleitung die schweren Aufgaben der nächsten Zeit nicht noch schwieriger gemacht werden, sondern helfen wir alle mit, den vielen Anfeindungen und Verdächtigunge zum Trotz, unsre wirtschaftliche Lage erträglicher und unser Gewerbe ertragsreicher zu machen.

Der Kampf um die Reichswertzuwachssteuer.

Als unzertrennliche Begleiterscheinungen des Wachstums der modernen Städte haben sich Bodenwucher und Bodenspekulation erwiesen. Das Wachstum der Stadt ist gleichbedeutend geworden mit dem Wachstum des Bodenwerts. An dieser Tatsache und ihren Konsequenzen gehen leider noch allzuviele achtlos vorüber. Sie fragen sich wohl, wie es kommt, daß die unaufhörlich zunehmende Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit das Los der Arbeitenden nicht erleichtert, finden aber die rechte Antwort nicht. Kritiklos folgen die meisten Menschen irgendwelchen Schlagworten, die vom Standpunkt ihrer parteipolitischen Auffassung aus gerade marktgängig sind, über die Grundlagen des wirtschaftlichen Lebens verschaffen sich leider die wenigsten Klarheit. Die bodenreformerische Bewegung erstrebt durch ihre Aufklärungsarbeit eine organische Ausscheidung alles Krankhaften aus unsrem Wirtschaftsleben. Diese Bewegung wird von keiner einzelnen Klasse oder Partei getragen, sondern stellt ein neutrales Gebiet dar, auf dem sich alle Freunde ehrlicher Arbeit betätigen können.

Durch ihre Organisation wollen die deutschen Bodenreformer den Grund und Boden zu dem machen, was er sein soll: „nicht eine Goldgrube für einige Spekulanten, sondern eine Wohn- und Arbeitsstätte für die Millionen des arbeitenden Volks!"

Im spekulativ gesteigerten Wachstume des Bodenwerts liegt die Hauptursache für die immer engere Zusammenpferchung großer Massen. Die Miete verschlingt immer mehr vom Arbeitsverdienste, denn die Wertsteigerung des Bodens spiegelt sich wider im kapitalisierten Zins, den die Bewohner kleiner und namentlich großer Städte an die Besitzer von Grund und Boden abtragen müssen. Wie das Volk einst im Feudalstaat in harter Fron stand, so müssen heute die Stadtbewohner den spekulativen Feudalherren ihren immer steigenden Tribut entrichten. Kein Wunder, daß sich das allgemeine Bewußtsein mehr und mehr dagegen auflehnt.

Im Deutschen Reichstage steht der Entwurf über die Reichswertzuwachssteuer in der diesmaligen Tagung zur Debatte. Nachdem durch die bekannte Finanzreform, die eigentlich keine war, die notwendigsten Verbrauchsmittel fast unerschwinglich besteuert worden sind, ist es von großer Wichtigkeit, daß von Reichs wegen einmal mit einer Steuer Ernst gemacht wird, die das arbeitslose Einkommen, den spekulativen Gewinn, allein erfaßt. Die Einführung einer Reichswertzuwachssteuer ist von prinzipieller Bedeutung, ihre eventuelle Ablehnung nicht minder. Wenn es gelänge, den Gedanken einer Wertzuwachssteuer reichsgesetzlich festzulegen, dann hätte die gesamte werktätige Bevölkerung Nutzen davon. Die durch diese Steuer einkommenden Summen würden die ehrliche Arbeit nicht belasten, die Lebenshaltung des einzelnen nicht noch weiter erschweren. Nur durch reichsgesetzliche Reglung aber kann der unverdiente Wertzuwachs allgemein erfaßt werden, und zwar so, daß auch der einzelnen Gemeinde ein nennenswerter Betrag zugesichert bleibt. Nach dem Gesetzentwurfe, wie er dem Reichstage zurzeit vorliegt, sollen dem Reiche 50 Proz., den Bundesstaaten 10 Proz. und den Gemeinden 40 Proz zufließen.

Die neuste Nummer der „Bodenreform" berichtet wieder über einen besonders krassen Fall aus jüngster Zeit, der sich in Schiffbek ereignete und bei dem ein Gewinn von 450 Proz. in wenigen Tagen aus Grundstücksverkäufen erzielt wurde. Es heißt dort: Grundstücksverkäufe zu Spekulationszwecken haben in letzter Zeit wieder beim sogenannten dritten Schiffbeker Moor stattgefunden. Hofbesitzer Ernst Jenkel verkaufte eine Koppel zum Preise von 10000 Mk. an Dr. Wilbrand in Hamburg. Diese Koppel verkaufte der neue Besitzer sieben Tage später für 55000 Mk. an Privatier Bräunlich in Hamburg. Dr. Wilbrand hat also in wenigen Tagen an dem Grundstücke 45000 Mk. = 450 Proz. verdient. Wahrlich ein nettes Geschäft! Ähnlich liegen die Verhältnisse bei einer Nebenkoppel, die Landwirt Ad. Schomacker für 8000 Mk. ebenfalls an Dr. Wilbrand verkaufte. Diese Koppel wurde gleicherweise nach sieben Tagen an den Kaufmann von Behn (Hamburg) für 40000 Mk. verkauft, so daß hier etwa derselbe Wertzuwachs stattfand.

Von solchen mühelosen Gewinnen, die nicht in einer Großstadt, sondern in einer Landgemeinde vorkamen, auch der Gesamtheit der Steuerzahler in Reich und Gemeinde einen Anteil sichern, das nennen dann manche sehr kluge Leute — eine Ungeheuerlichkeit oder agrarisch, und manche sehr dumme Leute — glauben es!.

Wie niedrig die Sätze der geplanten Reichswertzuwachssteuer nach den Beschlüssen der vorberatenden Kommission bemessen sein werden, wurde auf dem westfälischen Städtetag in Gelsenkirchen an einem interessanten Beispiele gezeigt: „In elf Fällen des letzten Veranlagungsjahrs, die nach der kommunalen Zuwachssteuer in Gelsenkirchen die Summe von 151223 Mk. als Steuer erbracht hätten, würde dagegen nach den Bestimmungen des Reichsgesetzes nur eine Steuer von 2649 Mk. erhoben werden können. Die Kommissionsbeschlüsse trügen den landwirtschaftlichen Interessen und denjenigen der Urbesitzer in zu ausgedehntem Maße Rechnung. So gelange in einem Fall, in welchem bei einem Erwerbspreise von 10480 Mk. und einem Veräußerungspreise von 280000 Mk. die Stadt Gelsenkirchen eine Steuer von 67380 Mk. erhoben habe, eine Reichssteuer überhaupt nicht zur Erhebung."

Diesen Tatsachen gegenüber kann man den Wert und die Berechtigung des Geschreis der Gegner der gerechten Steuer über die „drohenden Sätze der Reichswertzuwachssteuer" ermessen. Was in dieser Beziehung von den Terrainspekulanten im trauten Vereine mit den Hausbesitzervereinen des Reichs geleistet wurde, ist durch nichts zu überbieten. Während unter Führung der Terrainspekulanten kleine aber mächtige Spekulantengruppen mit der „Wucht des hinter diesen Kreisen stehenden Kapitals" (allein an der Berliner Börse sind 250 Millionen Terrainaktien eingetragen), drohten, erhoben in Berlin Tausende von Hausbesitzern stürmischen Protest gegen das Zustandekommen der Reichswertzuwachssteuer. Aus zehn der größten Städte waren Extrazüge abgelassen worden, um die deutschen Hausagrarier, die „stärksten Stützen des Staats und der Monarchie", nach der Reichshauptstadt zu befördern. Der Riesenbau des Zirkus Schumann, der weit über 6000 Personen faßt, wurde von den Protestlern und ihrem Anhange gefüllt, außerdem noch ein andrer Saal in den „Germaniasälen", in dem eine zweite Versammlung tagte. Regierungsrat Cuno, der den Auftrag hatte, die Versammelten als Vertreter des Staatssekretärs namens des Reichsschatzamts zu begrüßen, machte den Versuch, den Gesetzentwurf der Regierung zu verteidigen. Er wurde indes durch minutenlanges Heulen, Brüllen und Toben unterbrochen. Selbst der Hinweis des Regierungsvertreters, daß die Erträgnisse der Steuer teilweise der Veteranenfürsorge zugute kommen sollen, wurde mit Hohngelächter quittiert; sein Appell an den Patriotismus „des mit den Geschicken des Vaterlandes eng verknüpften Hausbesitzerstandes" blieb ohne Wirkung. Mit vereinten Kräften versuchten die beiden Vorsitzenden der Protestversammlung vergeblich, dem Regierungsvertreter Gehör zu verschaffen. Trotzdem vom Vorstandstische darauf hingewiesen werden konnte, daß der Regierungsrat versprochen habe, nicht auf die Sache eingehen und sich kurz fassen zu wollen, gingen dessen Ausführungen im Lärm unter. Derbe Zwischenrufe, die Grenze parlamentarischen Anstandes bedenklich streifend, unterbrachen den Regierungsvertreter fortwährend und begleiteten ihn beim Abgange von der Tribüne.

Professor Weber (Bonn) bekannte sich „als einen überzeugten Gegner der geplanten neuen Steuer, und zwar lediglich aus Gründen der Zweckmäßigkeit, während er sich aus Gerechtigkeitsgründen wohl damit befreunden könne". Eine Wertzuwachskonfiskation im Sinne der Bodenreformer bezeichnete der Gelehrte, im Gegensatze zu dem Altmeister unsrer Volkswirtschaft, Professor Adolf Wagner, auch als Kommunalsteuer als volkswirtschaftlichen Nonsens, sie sei ein Chaos von Ungeheuerlichkeiten.

Das ließen die Hausbesitzer, die in Wirklichkeit nur den Interessen der Großgrundbesitzer und Terrainspekulanten dienen, wenn sie sich als Vorspann gegen die Bodenreformsteuern hergeben, schon eher gelten. Nach den die Wertzuwachssteuer verwerfenden Ausführungen mehrerer andrer Redner wurde schließlich eine Resolution angenommen, in der gegen die Einführung einer Reichswertzuwachssteuer protestiert und ihre Ablehnung vom Reichstage verlangt wird. Ähnlich den Agrariern vom Bunde der Landwirte wollen sich die Hausagrarier ebenfalls zu einem Bunde der Hausbesitzer zusammenscharen, um nach berühmtem Muster desto kräftiger zu schreien, wenn man ihnen nach ihrer Meinung „neue Sonderlasten" aufbürden will. In der Aufführung von Skandalszenen sind die städtischen Agrarier ihren Brüdern vom Lande fast noch überlegen. Dem Treiben dieser Kreise gegenüber sei darauf hingewiesen, daß in den letzten Tagen Petitionen für die Einführung der Reichswertzuwachssteuer beim Reichstag eingingen, die 670000 Stimmen vertraten. Ein Beweis, daß trotz des gegnerischen Hinweises auf die Schwierigkeiten der Durchführung dieser neuen Steuer die Zahl ihrer Befürworter eine gewaltige ist. Die Durchführung jeder Steuer ist ja mit Schwierigkeiten verknüpft. Die Tatsache, daß in England vor kurzem von Reichs wegen eine Wertzuwachssteuer eingeführt worden ist, müßte auch in Deutschland mit seinen schlechten staatlichen Finanzverhältnissen alle Bedenken aus dem Felde schlagen. Sollte es wirklich schon so weit in unsrem Volke gekommen sein, daß allgemein anerkannte Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit nicht mehr praktische Gestalt gewinnen dürfen, wenn es die organisierte Terrainspekulation, der Hunderte von Millionen unverdienten Wertzuwachses zufallen, nicht gestattet? Im Kampfe gegen die polypenhaft vordringende Grundstücksspekulation dürfen auch die organisierten Arbeiter nicht zurückstehen, die ja am meisten unter der furchtbaren Wohnungsnot und Wohnungsverteurung mit allen ihren Folgen zu leiden haben. Deshalb lenken wir die Aufmerksamkeit unsrer Kollegen auf die dem Reichstage zur Beratung vorliegenden Gesetzesvorlage betreffend die Einführung einer Reichswertzuwachssteuer.

Die Aussichten für ihre Annahme sind nicht gerade erfreulich zu nennen nach den Ausführungen, die der Staatssekretär des Reichsschatzamts Wermuth in seiner Finanzübersicht vor der Reichstagskommission zur Beratung des Entwurfs zu Gehör brachte. Danach sollen die von der Kommission angenommenen Sätze der Wertzuwachssteuer nicht ausreichen. Es müssen vielmehr erhöhte Steuersätze in Anwendung gebracht werden. Das neue Quinquennat beansprucht allein schon im Durchschnitt der fünf Jahre, für die es berechnet ist, 20 Millionen Mark, so daß der aus der neuen Steuer veranschlagte Ertrag von 18—20 Millionen nicht ausreicht, zumal ja nicht bloß fünf Millionen für die Einzelstaaten in Abzug gebracht werden müssen, sondern auch noch die Veteranenbeihilfe von der Wertzuwachssteuer gedeckt werden soll. Die Sätze, wie sie von der Kommission angenommen wurden, müßten mindestens verdoppelt werden, wenn den Ansprüchen des Reichs entsprochen werden soll. Darin liegen indessen die Klippen verborgen, an denen die Vorlage scheitern könnte. War schon die Kommission zu Verschlechterungen und Verwässerungen des Gesetzentwurfs übergegangen, um eine Mehrheit für die Vorlage zu erzielen, so wird eine notgedrungene Erhöhung der Steuersätze die Annahme direkt gefährden. Nach der Regierungserklärung soll neben der Reichswertzuwachssteuer auch noch die erhöhte Stempelgebühr bei Grundstücksübertragungen erhoben werden. Das muß die Freunde der Wertzuwachssteuer recht bedenklich stimmen, zumal die gegenwärtige parteipolitische Konstellation im Deutschen Reichstage nicht dazu angetan ist, um eine soziale Tat zu erwarten.

Hoffen wir trotz alledem das Beste. Einmal aufgerollt, wird das Problem der Reichswertzuwachssteuer nicht wieder verschwinden. Im Gegenteil, es werden diejenigen Bevölkerungskreise immer größer werden, die im unverdienten Wertzuwachse das geeignetste Besteurungsobjekt erblicken.

Hz.

Korrespondenzen.

Bochum. Die letzte Bezirksversammlung in diesem Jahre sollte beim Wirte Nehring in Wanne (am 16. November? Red.) stattfinden, da dieser aber den erschienenen Kollegen den Saal zur Abhaltung seiner Versammlung verweigerte, war man genötigt, einen Saal auf Eickeler Gebiet in Anspruch zu nehmen. Unter „Geschäftliches" brachte der Vorsitzende Wickler verschiedene Zirkulare zur Verlesung. Vorsitzender rügte das Verhalten der Herner Kollegen, die sich zur dortigen Gewerbegerichtswahl nicht haben eintragen lassen und deshalb nicht wählen konnten. Die Herner Kollegen „entschuldigten" sich damit, daß sie einen Kollegen mit der

Eintragung beauftragt hätten, der leider „vergessen“ hat, sich seines Auftrags zu entledigen. Weiter wurde Mißfallen über das Nichterscheinen des Schriftführers sowie Fehlen des Protokollbuchs geäußert. Beschlossen wurde, die von Calwer herausgegebenen Statistiken zu abonnieren. Kollege Prucha erstattete den Kassenbericht; es wurde ihm von der Versammlung einstimmig Decharge erteilt. Zu Punkt 3 der Tagesordnung hielt Kollege Ewald Müller (Essen) einen Vortrag über: „Die augenblickliche Lage im Gewerbe“. Zu Anfang seines Vortrags ging Redner auf die wirtschaftlichen Kämpfe einzelner Berufe ein und knüpfte daran die Schlußfolgerung, daß durch diese selbst die indifferentesten Arbeiter gezwungen würden, in die gewerkschaftlichen Organisationen einzutreten. Der Vortragende erklärte die Zersplitterung innerhalb der Arbeiterbewegung als tief bedauerlich. Die Buchdrucker seien lange davon verschont geblieben, bis der Gutenbergbund, nachdem er nicht mehr leben noch sterben konnte, zu den christlichen Gewerkschaften übertrat. Auf die einzelnen Tarifbewegungen eingehend, stellte Redner fest, daß die früher so verpönten Tarifabschlüsse heute fast in allen Berufen vorhanden seien. Zum Schlusse streifte er die nächstjährigen Tarifberatungen. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen; ihm schloß sich eine rege Diskussion an. Beim „Bericht der Ortsvertrauensmänner“ wurden tarifliche Mißstände in einzelnen Druckereien zur Sprache gebracht.

y. **Krefeld.** (Situationsbericht.) Es gewinnt fast den Anschein, als ob die bevorstehende Zeit auch auf den Versammlungsbesuch ihren Einfluß ausübt. (Man sollte das mindestens erwarten. Red.) Während wir in der Augustversammlung 84 Besucher verzeichnen konnten, stieg die Zahl in der Septemberversammlung auf 96 und die Oktoberversammlung brachte sogar 107 Mitglieder auf die Beine. In der Novemberversammlung ging der Besuch freilich wieder auf 70 zurück. Die letzten Versammlungen beschäftigten sich fast durchgängig mit örtlichen Angelegenheiten. Referate wurden gehalten über „Auskunftserteilung und das Einziehen von Erkundigungen“ vom Vorsitzenden Erkelenz, über „Die Bruderschaften und Gesellenverbände als Vorläufer der gewerblichen Organisationen“ vom Gauvorsteher Albrecht (Essen) und über „Entstehung und Entwicklung der Krankenkassen, unter besonderer Berücksichtigung der Familienversicherung und der Krankenhausbehandlung“ und über „Krankheiten im medizinischen und Rechtssinne“ von Kassenbeamten der Ortskrankenkasse für Fabrikbetriebe. Den Rednern wurde für ihre trefflichen Ausführungen lebhafter Beifall gespendet. — Am 20. November fand hier die vierte diesjährige Bezirksversammlung statt, die einen befriedigenden Besuch (etwa 350 Kollegen) aufzuweisen hatte, trotz des schlechten Wetters. Mit einigen exakt zu Gehör gebrachten Liedern leitete der Gesangverein „Typographia“ die Versammlung ein, worauf sofort in die Tagesordnung eingetreten wurde. Unter „Geschäftliches“ machte der Bezirksvorsitzende Erkelenz u. a. auf die im nächsten Jahr ablaufende Tarifperiode aufmerksam und kündigte die Einberufung einer außerordentlichen Bezirksversammlung an mit der Bitte, das Wann und Wo dem Bezirksvorstande zu überlassen. Der Kassenbericht für das dritte Quartal lag wieder gedruckt vor. Der Kassierer Zahren machte noch besonders auf die große Arbeitslosigkeit während des dritten Quartals aufmerksam, indem an 45 Mitglieder für 1501 Tage Arbeitslosenunterstützung am Orte zur Auszahlung gelangte. Weiter führte er aus, daß die Klagen über Mangel an Gehilfen seitens der Prinzipale keine Berechtigung hätten. Der Bezirk Krefeld schreite rüstig voran und die Restanten seien merklich im Abnehmen begriffen. Sechs Mitglieder wurden ausgeschlossen. Auf Antrag der Revisoren, die Kasse und Bücher in bester Ordnung gefunden hatten, wurde Entlastung erteilt. Hierauf beschäftigte sich die Versammlung mit den Anträgen zum Gautag im März 1911. Die unter den Buchhändlern bestehende Abmachung, Personal aus einer Konkurrenzfirma nicht einzustellen, versuchen auch einige Prinzipale im Bezirk einzuführen. Hoffentlich ohne Erfolg. Bei dem Punkte „Berichte aus den Mitgliedschaften“ konnte fast von allen Seiten berichtet werden, daß in tariflicher Beziehung alles in Ordnung sei. Kleine Verstöße würden noch an verschiedenen Stellen versucht, die aber meist an der Wachsamkeit der Gehilfen scheiterten. Auch wäre man an verschiedenen Orten nicht abgeneigt, unsren lieben Freunden von der gelben Couleur mehr Eingang zu verschaffen. Die Christlichen ließen es an keiner Gelegenheit fehlen, bei Versammlungen auf den Dörfern die freien Gewerkschaften bei den Zuhörern herabzusetzen und besonders die Buchdrucker als Sozialdemokraten hinzustellen. Die tarifgegnerische Firma Altgott (Odenkirchen), die bei keinem Gehilfen fünf Lehrlinge beschäftigt, verfiel auf ein eigentümliches Mittel. Auf Vorstelligwerden bei der Handwerkskammer in der Lehrlingsfrage wurden von dem Prinzipale die beiden ältesten Lehrlinge einfach zu Gehilfen „ernannt“. Bekanntgegeben wurde dann, es ständen jetzt bei dieser Firma nur noch drei Lehrlinge zwei Gehilfen gegenüber. Für uns beschäftigt die Firma aber immer noch fünf Lehrlinge. Als Ort der nächsten ordentlichen Bezirksversammlung wurde Kempen bestimmt. Nach dreistündiger Dauer hatte die Versammlung ihr Ende erreicht. Noch einige Stunden blieben die Kollegen in schönster Harmonie bis zum Abgange der letzten Abendzüge zusammen.

Stuttgart. (Württembergischer Korrektorenverein. — Vierteljahrsbericht und Versammlungen vom 11. September und 19. November.) In ersterer Versammlung wurde die Briefkastenauskunft in der „Buchdruckerwoche“ über den Stand der Korrektoren besprochen und der Gegenerklärung des Leipziger Korrektorenvereins zugestimmt. Eine Besprechung erfolgte über die Frage: „Untersteht der Korrektor der Versicherungspflicht?“ Anlaß hierzu gab ein Entscheid, der die Korrektoren als nicht versicherungspflichtig erklärte, da diese eine rein geistige Arbeit verrichteten. Neben andren technischen Fragen wurde die Schreibung medizinischer Fachausdrücke behandelt. — In der Versammlung vom 19. November konnte Mitteilung gemacht werden von dem Erfolg einer im Benehmen mit der Ortsgruppe Stuttgart des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins und dem Graphischen Klub Stuttgart an das Stadtschultheißamt gerichteten Eingabe betreffs Schreibung der Straßennamen. Die neue Schreibung wird in das Adreßbuch übernommen. Ein vom Vorsitzenden gehaltener Vortrag über das Verhältnis der Sparten zueinander hätte eine größere Zuhörerschaft verdient. Die Kollegen wurden aufgefordert, die Mitgliedschaftsversammlungen regelmäßig zu besuchen. Unter „Technisches“ wurden die aufgelegten Drucksachen von der Brüsseler Weltausstellung besprochen.

Rundschau.

Gebundene „Korrespondent“-Jahrgänge, auf besserem Papier gedruckt, für Bibliothekszwecke und Vorstandsgebrauch haben infolge unsrer vorjährigen erstmaligen Anregung eine beträchtliche Anzahl von Bestellern gefunden, was als Beweis dafür gelten kann, daß ein Bedürfnis für diese Neurung vorliegt. Deshalb setzen wir alle Interessenten davon in Kenntnis, daß wir diese Einrichtung dauernd beibehalten wollen und ersuchen, die Einreichungen der Bestellungen für den Jahrgang **1911** bis spätestens 27. Dezember d. J. an unsren Geschäftsführer Georg Löblich, Leipzig, Salomonstraße 8, zu richten. Später einlaufende Bestellungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Den Preis eines gebundenen Exemplars vermögen wir auch jetzt noch nicht genau anzugeben, da der genaue Umfang des laufenden Jahrgangs noch nicht feststeht und somit die besonderen Papier-, Druck- und Buchbinderkosten nicht definitiv berechnet werden können; voraussichtlich dürfte sich der Preis jedoch nicht unter 10 Mk. halten. Bemerken wollen wir noch, daß die Bestellungen für die Bibliotheksexemplare für uns nur maßgebend sein können, wenn sie vom zuständigen Vereinsvorstande gegengezeichnet sind. Die bestellten Exemplare des laufenden Jahrgangs, für den selbstverständlich keine Bestellungen mehr angenommen werden können, kommen in der zweiten Hälfte des Januar 1911 zur Versendung.

Die „auffallende“ Abnahme der Lehrlinge im Berliner Buchdruckgewerbe, wie sie in einem Berichte des Vereins Berliner Buchdruckereibesitzer in Nr. 89 der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ dargestellt wurde, soll nach einem Gegenbericht in Nr. 95 der „Zeitschrift“ nur auf der Feststellung beruhen, daß sich im Vereinsbureau des genannten Vereins auffallend weniger Knaben gemeldet haben, die als Lehrlinge in das Buchdruckgewerbe eintreten wollten, als dies in den beiden vorhergehenden Jahren der Fall war. Mit dieser Feststellung soll keine andre Absicht durch den Berichterstatter des Vereins Berliner Buchdruckereibesitzer verfolgt worden sein als die einer wahrheitsgetreuen Konstatierung ziffernmäßiger Ergebnisse auf dem Vereinsbureau. Ohne an dieser zwischen den Zeilen zu lesenden Erklärung in der „Zeitschrift“ irgendwie zweifeln zu wollen, müssen wir jedoch dabei bleiben, daß laut Ausweis der Rechenschaftsberichte der Berliner Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe im Vergleich zur jeweiligen Zahl der Gehilfen in den letzten drei Jahren keine Abnahme der Lehrlinge, sondern eine Zunahme zu konstatieren ist. Wenn das nicht aus den Feststellungen im Vereinsbureau der Berliner Buchdruckereibesitzer hervorgeht, so kann das nur daran liegen, daß bei einem beträchtlichen Teil der Einstellungen von Lehrlingen das hier in Betracht kommende Vereinsbureau übergangen wurde. Im übrigen konstatieren wir gern, daß der Verein Berliner Buchdruckereibesitzer Wert darauf legt, festgestellt zu sehen, daß ihm bei Hervorhebung dieser Sache in seinem letzten Versammlungsbericht eine besondere Absicht fern gelegen hat, und unsre diesbezügliche Andeutungen in den Nrn. 131 und 135 des „Korr.“ zu dieser Frage nicht ganz das Richtige treffen. Das ändert jedoch nichts an unsrer Auffassung, daß die Feststellungen der Ortskrankenkasse den tatsächlichen Verhältnissen mehr entsprechen, weil sie nicht einseitig gemacht wurden.

Eine anerkennenswerte Handlung kann man die Verleihung des Titels „Hofbuchdruckerei“ an die Firma Ludwig Wagner in Bad-Nauheim nennen. Denn dieser Entschließung des hessischen Großherzogs haben es die Gehilfen der genannten Druckerei zuzuschreiben, daß ihnen bei der folgenden Lohnzahlung eine außerordentliche einmalige Zulage von 20—30 Mk., je nach Dauer der Geschäftszugehörigkeit, zuteil wurde. Daß der Prinzipal bei diesem Anlaß in solcher Weise seiner Arbeiter gedachte, beweist, daß er seine äußere Ehrung auch innerlich zu schätzen weiß.

„Christliches“ aus Badisch-Preußen. Die „Breisgauer Zeitung“ berichtet in ihrer Nummer vom 28. November unter der Stichmarke „Herr Geistlicher Rat Wacker als ‚Hüter‘ der Toleranz“ folgendes Heldenstück eines Stellvertreters Christi auf Erden: „Anläßlich einer gestern in Zähringen stattgehabten Beerdigung eines Schriftsetzers hat es sich der seines kirchlichen Amts waltende Geistliche, Herr Geistl. Rat Wacker, nicht nehmen lassen, bei einem so ernsten Anlasse seiner politischen Gesinnung in einer Weise Ausdruck zu geben, die das peinlichste Aufsehen bei den zahlreichen Trauergästen erregte. Der Verstorbene war Mitglied der freien Organisation, des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, und hat deshalb der Vorsitzende des Ortsvereins Freiburg des V. d. D. B. einen Kranz auf das Grab niedergelegt mit den schlichten Worten: ‚Im Namen des Ortsvereins Freiburg des V. d. D. B. dem leider uns so früh entrissenen Kollegen. — Er ruhe in Frieden.‘ — Herr Pfarrer Wacker hat dabei für gut befunden, den Sprecher durch wiederholtes ‚Bitte!‘ zu unterbrechen und weiter in kategorischem Tone zu erklären, daß am Grabe keine politischen Reden gehalten werden dürften. Da der Sprecher diese wenigen Worte nicht aussprechen konnte, bat er um einen Augenblick Geduld, was ihm mit den Worten: ‚Auch nicht einen Augenblick!‘ seitens des Herrn Pfarrers verweigert wurde. Ein Kommentar zu diesem Vorkommnis erübrigt sich, und überlassen wir es den verehrten Lesern, sich ihr Urteil über dieses ‚tolerante‘ Vorgehen des Herrn Pfarrers von Zähringen zu bilden.“ Über den gleichen Vorgang brachte auch der „Karlsruher Volksfreund“ einen Bericht, aus dem wir noch hervorheben wollen, daß der Vorsitzende der Buchdrucker, gegen den der Geistliche sich so taktlos benommen hat, sogar Mitglied der Zentrumspartei sein soll. Ferner wird in letztgenannter Zeitung noch mitgeteilt, daß unsre Freiburger Kollegen nicht gewillt sind, sich das Benehmen des Herrn Wacker so ohne weiteres gefallen zu lassen, weshalb sie sich beschwerdeführend an den Freiburger Stadtrat wenden wollen, zu dessen Machtbereich der betreffende Friedhof gehört.

Das älteste Berliner Druckerzeugnis hat soeben der Direktor der Berliner Bibliothek in einer Abhandlung über das „Pestregiment“ von einem brandenburgischen Leibarzte namens Konrad Schwertmiller festgestellt. Das Buch ist neben der Unterschrift des Verfassers mit dem Vermerke „gemacht und geendet zu Colln an der Sprew Anno 84“ versehen. In einer besonderen Schrift: „Aus den ersten Zeiten des Berliner Buchdrucks“, weist der Direktor der Bibliothek nach, daß sich die Unterschrift sowie der erwähnte Vermerk auf das Jahr 1484 bezieht und nicht die Abfassung des Inhalts beglaubigt, sondern die Drucklegung. Dadurch ist eine wenn auch nur vorübergehende Ausübung der Druckkunst in Berlin während der Inkunabelzeit erwiesen. Aus der Verwandtschaft der als ganz identisch sonst nicht nachweisbaren Typen ist vermutungsweise zu schließen, daß ein von Magdeburg ausgegangener, wohl vor der Pest geflohener Drucker oder Druckergehilfe der Urheber dieses ersten Berliner Druckwerks ist.

Ein Setzerausstand wird aus Bulgarien gemeldet. Lange Arbeitszeit und geringer Lohn bilden die Ursache dieser Bewegung.

Durch Feuer zerstört wurden in Aussig (Böhmen) die Buchdruckereien von B. Kränzle (früher Renner) und Franze & Keßler.

Ausgewiesen wurde Peter Ganter in München, der wegen seines Reklameschwindels bei der Herausgabe der „Doppelten Moral“ zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt wurde, aus Bayern. Seine Beschwerde dagegen blieb erfolglos.

Ein tüchtiger Sekretär wird zum 1. Januar 1911 für das Arbeitersekretariat Elberfeld gesucht. Geeignete Bewerber mit rednerischer Begabung haben ihre Angebote unter Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit nebst kurzem Aufsatz über die Aufgaben eines Arbeitersekretärs bis zum 10. Dezember an das Arbeitersekretariat Barmen, Marienstraße 22, mit der Aufschrift „Bewerbung“ einzusenden.

Das neue Gewerkschaftshaus in Hannover, eine Zierde der Stadt, ist jetzt dem Verkehr übergeben worden. Sämtliche Geschäftsstellen der Gewerkschaften sowie die Druckerei des „Volkswille“ sind darin untergebracht.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Rothenburg o. T. gingen die freien Gewerkschaften und die Hirsch-Dunckerschen zusammen und erhielten fünf Beisitzer, während der christliche Holzarbeiterverband und die katholischen Arbeitervereine sich mit einem Vertreter bescheiden müssen. — Die Gewerbegerichtswahlen in Görlitz brachten den freien Gewerkschaften einen glänzenden Sieg. Sie erhielten 3092, die „Christlichen“ 214 und die Hirsch-Dunckerschen 494 Stimmen, infolgedessen erhielten die ersteren elf und die letzteren einen Beisitzer; die „Christlichen“ haben vollständig das Nachsehen.

Die Vertreterwahlen zu der Ortskrankenkasse in Solingen brachten den freien Gewerkschaften 929 und den Christlichen 386 Stimmen. Bei einer Arbeiterschaft mit über 10000 Mitgliedern freier Gewerkschaften war die Wahlbeteiligung eine sehr betrübliche zu nennen. Daß dies auf die leider immer noch bestehenden Unstimmigkeiten zwischen Metallarbeiter- und Industriearbeiterverband zurückzuführen ist, kann zwar nicht genau nachgewiesen werden, aber die Vermutung liegt nahe. — Auch in Wiesbaden war bei den kürzlich vorgenommenen Wahlen zur Ortskrankenkasse die Wahlbeteiligung eine sehr schlechte. Von 17000 Mitgliedern haben nur 1008 abgestimmt. Als schwache Entschuldigung mag der Umstand gelten, daß seit 1906 keine Gegenliste aufgestellt wurde. Auch diesmal fielen sämtliche abgegebene Stimmen auf die allein vorhandene Liste des Gewerkschaftskartells.

Der Streikversicherung der Unternehmerverbände sind zurzeit von 115095 Mitgliedern dieser Verbände 27100 Mitglieder angeschlossen, die 1952480 Ar-

(Fortsetzung in der Beilage).

Beilage zum Korrespondent
für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

48. Jahrg. | Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterm Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig. | Leipzig, den 3. Dezember 1910. | Redaktionsschluß: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer. | Nr. 139.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

beiter beschäftigen. Die Unternehmer der Textilindustrie und des Baugewerbes sind am stärksten daran beteiligt.

Die politische Rechtlosigkeit der deutschen Postbeamten ist durch eine „bescheidene Änderung" der Dienstanweisung für die Reichspostbeamten vollständig geworden. Bisher hieß es über die politischen Pflichten des Beamten in der Dienstanweisung, der Beamte dürfe keine Handlung begehen, die eine feindliche Parteinahme der Reichsregierung oder gegen einen Bundesstaat bekunden oder in sich schließen. Nun wurde am 1. November d. J. eine neue Dienstordnung herausgegeben, in der dieser Satz abgeändert ist und den Beamten alle Handlungen zu meiden vorschreibt, die eine Parteinahme gegen die Reichsregierung oder die Regierung eines Bundesstaats bekunden. Während also die erste Fassung sich sinngemäß mehr gegen die Sozialdemokratie richtete, bedeutet die neuere Fassung ein unbedingtes Verbot der Zugehörigkeit zu einer andren politischen Partei als der jeweiligen Regierungspartei. Diese „Erziehung" oder Pressung zur politischen Gesinnungslosigkeit auf dem Wege dienstlicher Vorschriften ist echt russisch und wird auch ihre dementsprechende Wirkung wohl kaum verfehlen, aber jedenfalls in andrem Sinn, als es sich die Väter dieser Brotmoral vorstellen.

Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes liegt nach einer neueren Entscheidung eines Oberverwaltungsgerichts auch dann vor, wenn ein an Tuberkulose Erkrankter nur mit der Gefahr der Verschlimmerung seines Leidens seine Arbeit fortsetzen und seinem Erwerbe nachgehen kann. Ein gesetzliches Hindernis, in solchen Fällen den Erkrankten Krankengeld zu gewähren, besteht also nicht. Es wäre dringend zu wünschen, daß diese vernünftige Auffassung auch in der neuen Reichsversicherungsordnung zum Ausdrucke käme, aber selbstverständlich nicht nur für die Krankenkassen, sondern auch für die Unfall- und Invalidenversicherung.

Lichtbildervorträge und Lustbarkeitssteuer. Für die Veranstaltung von Lichtbildervorträgen fordern manche preußischen Kommunalbehörden die Zahlung einer Lustbarkeitssteuer, oftmals sogar in solcher Höhe, daß derartige Veranstaltungen dadurch in Frage gestellt werden. So mußte kürzlich der Metallarbeiterverband in Essen für einen Lichtbildervortrag über „Gewerbliche Krankheiten und Unfälle" nicht weniger als 100 Mk. an städtischer Lustbarkeitssteuer entrichten. Bei der wachsenden Beliebtheit der Lichtbildervorträge und ihrem vielfach belehrenden Wert ist es deshalb wohl an der Zeit, sich mit den gesetzlichen Grundlagen ihrer Steuerpflicht näher zu beschäftigen. Ein erst neuerdings erschienenes, in Nr. 128 des „Korr." unter „Literarisches" besprochenes Buch: „Die Vereins- und Versammlungspolizei in Preußen", besagt hierzu auf Seite 353 wörtlich: „Unter Lustbarkeit im Sinne des § 15 des Kommunalabgabengesetzes sind Veranstaltungen, Darbietungen und Vorführungen zu verstehen, die nach der Absicht des Veranstaltenden dazu bestimmt und auch geeignet sind, zu ergötzen und zu unterhalten. Davon sind zu unterscheiden die dem Unterrichte, der Belehrung und Erbauung dienenden Unternehmungen. Die bloße Forderung eines Eintrittsgelds charakterisiert solche Darbietungen nicht schon als Lustbarkeit. Ob die Absicht des Ergötzens und Unterhaltens oder die des Unterrichtens und Belehrens — im letzteren Fall ist keine Lustbarkeit gegeben — im Vordergrunde steht, ist aus den Umständen des einzelnen Falls zu entnehmen." Nach diesen durch mehrere Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts belegten Bestimmungen ist die Heranziehung des Essener Lichtbildervortrags zur Lustbarkeitssteuer unzulässig. Denn niemand wird wohl ernstlich behaupten wollen, daß ein Lichtbildervortrag über „Gewerbliche Unfälle und Krankheiten" zur Ergötzung und Unterhaltung bestimmt und geeignet ist. Hoffentlich bringt der beschrittene Beschwerdeweg im vorliegenden Falle die Rückzahlung der zu Unrecht geforderten Lustbarkeitssteuer.

Kleine Gewerkschaftsnachrichten. Der freie Bergarbeiterverband hat an die übrigen Organisationen der Bergarbeiter die Anfrage gerichtet, ob sie zu einer gemeinsamen Bewegung zur Einführung eines paritätischen Arbeitsnachweises und Erreichung besserer Löhne geneigt wären. Die polnische Berufsvereinigung sowie der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein sagten ohne weiteres zu, der „christliche" Gewerkverein lehnte jedoch ab; er will allein vorgehen. Auffallend ist, daß die den Unternehmern nahestehende „Rheinisch-Westfälische Zeitung" als erste einen Rechtfertigungsversuch dieser unsolidarischen Handlung der „Christlichen" bringen konnte. Trotz der Ablehnung von „christlicher" Seite werden die übrigen drei Verbandsvorstände gemeinsame Schritte in der erwähnten Richtung unternehmen. — Ein lokaler Bergarbeiterstreik ist auf der Zeche „Lukas" bei Dortmund ausgebrochen. Sanitäre Mißstände, schlechte Behandlung, viele Strafen und geringe Löhne bilden die Ursachen. Auch bei dieser Bewegung haben die „Christlichen" die Judasrolle übernommen. — Der Buchbinderstreik in Braunschweig nahm einen ähnlichen ungünstigen Ausgang wie jener in Hannover. Es wurde zwar ein Abkommen getroffen, in dem die Hannoverschen Lohnsätze enthalten sind, aber die Wiedereinstellung der Streikenden konnte infolge der großen Streikbrecherzahl nicht in vollem Umfang erreicht werden. Wie teilweise in Hannover, so waren es merkwürdigerweise auch in Braunschweig hauptsächlich die in Betracht kommenden Buchdruckereibesitzer (die die größten Buchbindereibetriebe am Orte besitzen), die sich weigerten, einen Tarifvertrag abzuschließen, weil angeblich die Braunschweiger Verhältnisse für einen Tarif noch nicht reif seien. — Der Zuzug von Installateuren und Klempnern nach Essen ist wegen des dortigen Streiks in dieser Branche immer noch fern zu halten.

Gestorben.

In Bielefeld am 25. November der Setzerinvalide Hans Wosniak aus Troppau, 67 Jahre alt — Herzschlag; am 29. November der Setzer Emil Stender von dort, 20 Jahre alt — Lungenschwindsucht.

In Breslau am 24. November der Setzer Franz Probst von dort, 19½ Jahre alt — Lungenleiden.

In Bromberg am 26. November der Invalide Hermann Rajewski, 66 Jahre alt.

In Freiburg i. Br. am 18. November der Setzerinvalide Theodor Jung, 76½ Jahre alt; am 24. November der Setzer Otto Gehri, 26½ Jahre alt — Kehlkopftuberkulose.

In Seesen am 28. November der Drucker Willi Tuchscherer aus Borna bei Leipzig, 33 Jahre alt.

In Wien am 13. November der Setzer Jos. Schildt, 40 Jahre alt; am 14. November der Setzer Ad. Heitzer, 21 Jahre alt; an demselben Tage der Setzer Friedrich Tomsch, 68 Jahre alt; am 19. November der Setzer Heinrich Deimel, 49 Jahre alt.

In Ziegenrück am 21. November der Buchdruckereibesitzer Heinrich Jentzsch — Schlaganfall.

Briefkasten.

W. St. in Ludwigshafen: Die kleine Rüge des Bezirksvorstandes im letzten Versammlungsbericht über das gleichzeitige Tagen der Korrektorensparte in einem andren Lokale rechtfertigt doch nicht eine so umfängliche, geharnischte Erwiderung. Wir konstatieren daraus, „daß es sich nur um ein Zusammentreffen verschiedener Versehen und sonstiger in der Natur der Sache liegender Umstände handelte". Den Kommentar können Sie ja in nächster Versammlung selbst geben. Der Raum des „Korr." ist zu schade dafür. — F. R. in Magdeburg: Die gewünschte Broschüre können Sie haben, müssen uns aber zuvor Ihre Adresse einsenden. — R. in Königsberg: Wir haben E. entsprechend unterrichtet und finden Ihre Schritte in dieser Sache sehr zweckentsprechend. Dank und Gruß! — W. H. in Bielefeld: Nein, das geht wirklich nicht. An diesem Tage wollen wir uns selbst einmal zum Wohlgefallen leben. — Sch. in Hannover: Ist wunschgemäß an Sch. gesandt. Freundlichen Gruß! — W.-J. in Köln: Eine solche Fachzeitschrift existiert nicht, sondern nur ein Reklameanzeiger für ein gewisses System. Empfehlenswert sind die „Technischen Mitteilungen", die von der Zentralkommission der Maschinensetzer für ihre Mitglieder herausgegeben werden. Linotypelehrbuch von R. Riedel. — G. Sch. in Zeitz: Senden Sie noch 35 Pf. in Marken ein. — O. T. in Bielefeld: 2 Mk. — A. H. in Bielefeld: 1. 1,85 Mk.; 2. 2 Mk.

☞ Die Vorstände solcher Mitgliedschaften, wo Übertritte aus dem Verbande zum Gutenbergbunde stattgefunden haben sollen, ersucht die Redaktion um Mitteilungen über die moralischen Eigenschaften und das Verhalten der Übergetretenen zu den Kassen des Verbandes usw.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13 I. Fernsprechamt VI, 11191.

Bekanntmachung.

Die verehrlichen Funktionäre ersuchen wir um baldgefällige Mitteilung der Adressen der Maschinensetzer Heinrich Westermann (Hauptbuchnummer 3328), geboren in Westerkappeln am 23. Juli 1865, und Franz Stüer (Hauptbuchnummer 67606), geboren in Münster in Westf. am 2. Januar 1882.

Berlin. **Der Verbandsvorstand.**

Württemberg. (Gegenseitigkeit betreffs Gauzuschuß bei Konditionslosigkeit.) Unterm 6. September d. J. versandte der Gauvorsteher Karl Knie ein Zirkular, in welchem die Vorschläge bekannt gegeben wurden für die neue Fassung des bisherigen § 2 des Gegenseitigkeitsvertrags betreffs Gauzuschuß bei Konditionslosigkeit. Die bis zum 30. November erbetenen Rückantworten gingen von 19 Gauvorständen ein, während drei Gauvorstände keinerlei Stellungnahme kundgaben. Da die eingegangenen Antworten wesentlich auseinandergehen bezüglich der Karenzzeit bei Wiederzureise, so halten wir es für notwendig, diese Angelegenheit während der Dauer der im Mai nächsten Jahrs stattfindenden Generalversammlung des Verbandes den anwesenden Gauvertretern zur Beratung und Beschlußfassung zu unterbreiten. Die verehrlichen Gauvorstände werden deshalb freundlichst ersucht, ihre Vertreter zur Generalversammlung entsprechend zu instruieren.

Bezirk **Bochum.** Der Setzer Franz Kruse aus Wipperfürth wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen, widrigenfalls Ausschluß beantragt wird.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigefügte Adresse zu richten):

In Arnstadt der Maschinensetzer Oskar Ludwig, geb. in Arnstadt 1869, ausgel. das. 1887; war schon Mitglied. — In Suhl der Schweizerdegen Richard Starkuller, geb. in Klostermansfeld 1890, ausgel. das. 1909; war schon Mitglied. — L. Stange in Erfurt, Friedrich-Wilhelm-Platz 6/9.

In Friedberg der Setzer Friedrich Ostheim, geb. in Echzell 1891, ausgel. in Hungen 1909; war schon Mitglied. — A. Holland in Gießen, Löberstraße 3 II.

In Graudenz der Drucker Konrad Walter, geb. in Gotthelp (Kreis Konitz) 1891, ausgel. in Kulm 1909; war noch nicht Mitglied. — Franz Teichert, Festungsstraße 9.

In Stuttgart der Setzer Christian Jaus, geb. in Hesselwangen 1881, ausgel. in Balingen 1899; war schon Mitglied. — Karl Knie, Heusteigstraße 54 p.

Arbeitslosenunterstützung.

Altenburg. Die Herren Reiseskassenverwalter werden ersucht, dem Setzer Alfred Schnell aus Spaßwegen (4860 Ungarn) 2 Mk. abzuziehen und portofrei an den Kollegen E. Sturm, Adelheidstraße 14 II, zu senden.

Versammlungskalender.

Berlin. Versammlung Donnerstag, den 15. Dezember, abends 8½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus", Engelufer 15.

Beuthen (Oberschl.). Versammlung heute Sonnabend, den 3. Dezember, abends 8 Uhr, im „Weißen Adler".

Bielefeld. Versammlung Sonntag, den 4. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Restaurant „Stadt Bielefeld", Marktstraße 8.

Braunschweig. Versammlung Sonntag, den 4. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im „Gewerkschaftshaus".

— Maschinensetzerversammlung Sonntag, den 11. Dezember, abends 8 Uhr, im Hotel „Fürstenhof", Stobenstraße 9 I.

Breslau. Maschinenmeisterversammlung Montag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr, im Vereinslokale „Goldener Lachs", Ursulinerstraße.

Dessau. Maschinenmeisterversammlung heute Sonnabend, den 3. Dezember, abends 8½ Uhr, im „Tivoli".

Dortmund. Versammlung Sonntag, den 11. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal, Ecke Erste Kamp- und Weberstraße.

Düsseldorf. Vorstandssitzung Montag, den 5. Dezember, abends 9 Uhr, im Vereinslokale.

Essen (Ruhr). Korrektorenversammlung Sonntag, den 4. Dezember, vormittags 10½ Uhr, bei Kaufmann, Wittringstraße.

Flensburg. Vorstandssitzung (nicht Versammlung) heute Sonnabend, den 3. Dezember, abends 9 Uhr, bei Andresen, Angelburger Straße 49.

Frankfurt a. M. Maschinensetzerversammlung Sonntag, den 4. Dezember, vormittags 10½ Uhr, bei Winkler, Sandweg 79, Ecke Kantstraße.

Frankfurt a. M.-**Offenbach.** Stereotypeur- und Galvanoplastikergeneralversammlung Sonntag, den 4. Dezember, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus", Kolleg 5.

Görlitz. Generalversammlung heute Sonnabend, den 3. Dezember, abends 8½ Uhr, im „Felsenkeller", Sonnenstraße 5 I.

Graudenz. Versammlung heute Sonnabend, den 3. Dezember, im „Goldenen Anker".

Greiz. Versammlung heute Sonnabend, den 3. Dezember, im „Tunnel".

Hannover. Maschinensetzerversammlung Sonntag, den 4. Dezember, vormittags 11 Uhr, im „Gewerkschaftshaus", Nikolaistraße, Zimmer 16.

Jena-Ilsenburg. Versammlung heute Samstag, den 3. Dezember, abends 9 Uhr, in der „Harmonie".

Neumünster. Versammlung heute Sonnabend, den 3. Dezember, abends 8½ Uhr, im Vereinslokale „Zum Mühlenhofe".

Rothbo. Versammlung heute Sonnabend, den 3. Dezember, abends 8½ Uhr, im „Tiegel", Lausitzer Straße.

Ludwigsburg. Versammlung Dienstag, den 6. Dezember, abends präzis 8¼ Uhr, im Lokale „Zum Hasen".

Potsdam-Neubabelsberg. Maschinenmeisterversammlung heute Sonnabend, den 3. Dezember, abends pünktlich 9 Uhr, bei H. Petsch, Babelsberger Straße.

Rosenheim. Versammlung Sonntag, den 4. Dezember, vormittags 10 Uhr, in Thallers Gasthof (Bahnhofstraße).

Sangerhausen. Bezirksversammlung Sonntag, den 15. Januar, vormittags 11 Uhr, in Nordhausen (Restaurant Spitz, Kornmarkt). Anträge bis zum 21. Dezember an den Vorsitzenden.

Stuttgart. Versammlung Samstag, den 10. Dezember, im Festsaale des „Gewerkschaftshaus", Eßlinger Straße 17/19

Filialdruckerei, einzige in rasch aufblühendem Vororte Berlins, soll mit **amtlicher Zeitung,** Schreibwaren- u. Zigarrenhandlung verlauft werden. Erforderliches Kapital etwa 5000 Mk. Reflektanten wollen ihre Adresse unter „Filialdruckerei" postlagernd Berlin S 42 abgeben. [964

Einige tüchtige Setzer
welche im
illustrierten Katalogsatze
bewandert sind, sofort gesucht. [953
Gottl. Schmidt, Remscheid, Alleestr. 29.

Tüchtiger, zuverlässiger
Höhefräser
kann sofort eintreten.
Schriftgießerei Heinrich Hoffmeister
Leipzig. [956

Komplettgießer, Höhehobler, Messinglinienarbeiter
werden gegen sehr gute Bezahlung dauernd engagiert.
Nur ganz tüchtige, selbständige Arbeiter wollen sich wenden an die
Erste Ungarische Schriftgießerei-Akt.-Ges.,
Budapest VI., Dessewffygasse 32. [613

Für das Ausland gesucht
tüchtiger **Schriftgießer,** besonders zum Gießen von Schreibschriften. Einfassungen usw. an Handmaschinen, sowie tüchtiger **Justierer.** Nur bestempfohlene Kräfte werden berücksichtigt. Offerten unter Nr. 934 an die Geschäftsst. d. Bl.

Zum sofortigen Eintritte tüchtiger
Höhehobler und Höhefräser
für dauernde Beschäftigung gesucht. [935
Schriftgießerei Roos & Junge, G. m. b. H.
Offenbach a. M.

Junger
Maschinenmeister
sucht in Berlin oder Umgegend Stellung. Werte Offerten erbeten: Krumme Straße 34, Gartenhaus part., Charlottenburg. [954

Monotypegießer
zweijähr. Praxis, w. sich zu veränd. Off. erb. u. „Monotype 957" an die Geschäftsstelle d. Bl.

Typographischer Klub Chemnitz.
Sonntag, den 4. Dezember, vormittags 11 Uhr: Gemeinsamer Besuch der Drucksachenausstellung in der „Städtischen Vorbildersammlung" (König-Albert-Museum). — Dienstag, den 6. Dezember: **SITZUNG.** Skizzierkursus betreffend. [952] Der Vorstand.

Magdeburg. Graphische Gesellschaft.
Heute Sonnabend, den 3. Dezember, abends 8½ Uhr, im Restaurant „Monopol":
Vereinsabend
bestehend in
Vortrag — Ausstellung — Bücherschau.

9500 Mark
betragen die Herstellungskosten des
Saisonheftes
der „Typographischen Jahrbücher". Im Durchschnitte kostet also jedes Heft **eine Mark.**
Für nur 60 Pfennige
erhält jeder Abonnent das Saisonheft mit etwa 30 erstklassigen Beilagen, Kalkulationsbeispielen und der Probetafel aus dem Zeichenkursus von Krause. Das Abonnement kann mit jedem Heft und bei jeder Buchhandlung begonnen werden.

? Was wollen Sie wissen? Sie finden alles!!! im Kl. Brockhaus!
Ausgabe 1910, 2 Bände, 24 Mk. **Hedin,** Zu Land nach Indien, 2 Bde. 20 Mk. **Platen,** Die Neue Heilmethode. Das goldene Buch der Lebensweisheit sowie alle andren Werke gegen monatliche Teilzahlung zu beziehen durch [822
H. Wilhelm, Dresden-A., Käufferstraße 61.
Prospekte kostenfrei! **Vertreter allerorts gesucht!**

Verkaufe billig: „Archiv für Buchgew.", 1906—09, à 4, 1910 5 Mk.; „Typogr. Jahrb.", 1904—06, 1908—09 und geb. Jub.-Ausg., à 2,50 Mk., Einb.-Decken f. 1904 u. 08 à 1,50, zus. 15 Mk., Jahr. 1910 4 Mk.; 52 H. „Wider die Pfaffenherrschaft" nur 5 Mk.; „Im Wandel der Jahrtausende" (48 H.) statt 24 nur 16 Mk.; „Mannesschönheit", hochaktuell, m. belehr. Abb., keine Spielerei, nur 3 Mk. Alles tadellos erh. Ad München. **Sengler,** München, Herzog-Wilhelm-Str. 16 III, r. [959

Anhang zum Tarife, von Konrad Eichler. Preis des Exemplars 10 Pf. (3 Pf. Porto). Bestellungen nehmen die Herren Verbandsfunktionäre sowie Gg. Löblich, Leipzig, Salomonstraße 8, entgegen.

H. Andressen & Sohn, Hamburg.
Stereotypiepapier und Materialien
Matrizenpulver, Prägematern.

Für nur 35 Mark
liefern wir gegen monatliche Teilzahlungen von nur 3 Mark eine prachtvolle
Klassiker-Bibliothek
enthaltend die Werke von **Schiller, Goethe, Lessing, Körner, Hauff, Lenau, Uhland, Shakespeare, Alexis, Heine.** — 10 Werke, zusammen 72 Bände in 24 eleganten Ganzleinenbänden eingebunden.
Klassikerverlag, Otto & Ko.,
Berlin-Schöneberg,
Martin-Luther-Straße Nr. 50. [965

Deutsches Buchdrucker-Liederbuch:
In Freud und Leid
Ein gut Geleit!
Preis direkt 1,25 Mk., im Buchhandel 1,75 Mark:
Herausgeber Willi Krahl
Verlag von Radelli & Hille
Leipzig, Salomonstraße 8

Das schönste Weihnachtsgeschenk 1910, jahrelang Freude und Nutzen!
Paradiesbad für den Mittel- und Arbeiterstand.
Küchenbad mit Wanne, Küchentisch, Künstlervorhang, Topfschrank und Aufwaschvorrichtung von M. 33 — an.
Badeschrank nur ⅓ qm Platz. Gibt Wannenbad für 6 Pf. 1 mass. Bad für 5 Pf. 1 Kastenbad für 4 Pf. 1 Brausebad für 3 Pf. Alles in 1 Apparat. Von M. 52.— an.
Die 12 billigsten Badeeinrichtungen der Welt.
1. Die praktischste Badewanne (170 cm) M. 12.50
2. Der praktischste Kohlenbadeofen M. 18.50
3. Der praktische Gasbadeofen M. 39.—
4. Der praktische Spiritusbadeofen M. 32.50
5. Das praktischste compl. Badezimmer M. 31.—
6. Das praktischste Reisebad (1½ kg) M. 9.—
7. Das praktischste Duschebad M. 5.—
8. Das praktische Fußbad M. 12.—
9. Das praktische Dampfbad M. 19.—
10. Die praktischste Gasbadewanne M. 24.—
11. Die praktischste Emaillewanne M. 22.50
12. Die praktische Aufwaschbank M. 18.50
Bei Nachnahme od. Vorauszahlg 10% Skonto extra.
Holz- und Metallwerk Oederan i. Sa.
Verlangen Sie Preisliste No.: 61 f

Guitarr-Zither „Columbia"
von Jedermann sofort zu spielen, mit 25 unterlegbaren Noten, 49 cm groß, 5 Akk., 41 Sait., samt Schule u. all. Zubehör nur M. 7.—; 6 Akk., 49 Sait. M. 9.— lief. per Nachn.
Meinel & Herold
Klingenthal (Sa.) Nr. 449
Andere Musikwaren billigst.
Haupt-Katalog an Jedermann frei.

Setzerblusen
echt blauweiß gestreift u. in jeder Farbe;

	110	120	130	140 cm lang
Qual. extra	3,40,	3,60,	3,80,	4,00 Mark
„ Pa.	3,10,	3,20,	3,35,	3,50 „
„ I	2,85,	3,00,	3,15,	3,30 „
„ II	2,55,	2,70,	2,85,	3,00 „
„ III	2,20,	2,35,	2,50,	2,65 „

Maschinenmeisteranzüge zu 2,50—6,00 Mk.
Arno Etzold in Gera (R.)
Fabrik für Berufskleidung und Wäsche.
Katalog frei! [611

Meinel & Herold
Harmonikafabrik
Musikinstrumenten-Versand
Klingenthal (Sachs.) 449.
lief. unt. vollständ. Garant. Harmonikas in üb. 200 verschied. Art. Zithern von M. 8.50, Guitarr. v. M. 5.50, Geigen v. M. 4.- an, Drehorg., Musikw., Mundharmon., Bandonions, Okarinas etc.
Aufträge v. M. 10.— an innerhalb Deutschland portofrei.
Katalog an Jedermann frei.

Ihrem lieben Kollegen, dem Maschinensetzer
Max Klethe
zu seinem
25jährigen Verbandsjubiläum
die herzlichsten Glückwünsche.
Leipzig.
Die Verbandsmitglieder der Firma C. Grumbach.

Aale! Aale! Pro Pfund 1,47, 1,34, 1,29 Mark. **Lachs!** Pro Pfund 1,05, 1,15 Mark. **Lachsseiten** 8—12 Pfd. schwer (ohne Konkurrenz).
Durch direkten, günstigen Abschluß bin ich in der angenehmen Lage, meine **ff. Flensburger Aale,** garantiert keine Ausländer sondern nur feinste, fette, reinschmeckende dortige Ware, billigst offerieren zu können. Ich liefere:
Kiste mit 8 Pfund netto Inhalt { 4—10 Stück, à 1—2 Pfund schwer, 11,70 Mk. / 14—18 „ à etwa ¾ Pfd. „ 10,70 „ / 20—24 „ à „ ½ „ „ 10,30 „ } Konkurrenz ist heute schon 1—3 Mk. teurer.
Für das Weihnachtsfest müssen die Aal- u. Lachsbestellungen spätestens am 10. bis 12. Dezember eingegangen sein, da ich später für diese Preise nicht mehr garantieren kann, denn die Aalpreise steigen fortwährend. Ferner empfehle ich meine, in den vorhergehenden Annoncen aufgeführten **Fischmarinaden.** Dritte Sendung **Hering in Gelee,** 1 Pfunddose 27 Pf., 2 Pfunddose 48 Pf.
Sonnabend früh: **Frische Bücklinge,** Kiste 1,35 Mk., **Sprotten,** 4 Pfundkiste 1,55 Mk.
966] **Bernhard Große,** Leipzig, Nürnberger Straße 5, Bayrische Straße 44.
Ich bitte, Bestellungen nicht nur Nürnberger Straße, sondern auch Bayrische Straße aufzugeben, da es unmöglich ist, in einem Geschäfte durchzukommen!

Bezaubernd wirkt ein Weihnachtsbaum
geziert mit meinen Prachtsortimenten, enthaltend den
Selbstleuchtenden Glas-Christbaumschmuck.
Ich versende auch in diesem Jahre wieder aus erster Hand meine beliebten Sortimente mit den letzten Neuheiten, **franko gegen Nachnahme. Sortiment I,** enthaltend 335 Stück mit echt Silber gespiegelte **Atlaskugeln,** 9 cm groß, Schnee- und Strangenkugeln, Reflexe, Glückspilz mit Rübezahl, Kunsperhäuschen mit Zucker und mit Hänsel und Gretel, drei Medaillons mit Maria und Jesuskind, mit Bildnis aus dem Märchen Rotkäppchen (die Begegnung mit dem Wolf) und mit Jagdstück; **Violine** und Handtasche mit Serpentinfond, Hundehütte mit Hund, **Schilderhaus** mit Soldat, **zwei Fruchtteller** mit Weintrauben und Phantasiefrüchten belegt, **Phonograph, Blumentopf** mit künstlichen Blumen, **Luftballons** und **Luftschiffe, Hündchen** mit Goldkette, **schwimmende Ente, Vögel, läutende Glocken** sowie zwölf verschiedene Sachen selbstleuchtend, die das aufgenommene Tageslicht in magischer Farbe ausstrahlen und eine prachtvolle, vornehm ausgestattete Sternenbaumspitze für den billigen Preis von 5 Mk. (Nachnahme 5,30 Mk.). — **Sortiment II,** enthaltend 72 Stück nur größere, sehr geschmackvolle Sachen, ebenfalls zu 5 Mk. (Nachnahme 5,30 Mk.). — **Gratis** füge ich jedem dieser Sortimente bei
einen Halleyschen Komet mit Glasschweif
ein Zeppelin-Luftschiff mit dem Bildnisse des Grafen und einen **selbsttätigen Engel.** — **Sortiment III,** etwa 200 Stück à 3,50 Mk. (Nachnahme 3,70 Mk.). Gratis für dieses Sortiment III nur selbsttätigen Engel. Auf Wunsch liefere Sortiment II nur in weißer Ausführung. **Für Händler** empfehle ich größere, nur schöne Sortimente von 8 Mk. und höher.
907] **Ernst Heumann, Tauscha (Sachsen-Meiningen) 220**
Spezialfabrikation und Versand von Glas-Christbaumschmuck.

Hunderttausende Kunden.
Viele tausend Anerkennungen.
Jonass & Co.
Berlin SW. 247.
Belle-Alliance-Strasse 3
Vertragslieferanten vieler Beamtenvereine, liefern auf
bequeme Teilzahlung.
Hochinteressanter Katalog mit über 4000 Abbildungen umsonst und portofrei.

Stenographieunterr. in dem weitverbreitetsten, leistungsfähigsten u. ebenso leicht erlernbaren System **Gabelsberger** erteilt erfolgreich Rob. Fuchs, Leiter des Fernunterrichts der Vereinigung stenogr.-kund. Buchdrucker in Deutschland, Münster i. W. [823

Hochaktuelle Neuheit auf graphischem Gebiete!
Monotypie
D. R. G. M. — Patent angemeldet. [884
Einfaches, wirksames und billigstes Ausstattungsmittel für Zeitung, Akzidenz und Reklame.
Verlangen Sie bitte Prospekt!
Gehilfen erhalten Vorzugspreis.
Braunschmidt & Ganß, Frankfurt a. M.
Vertreter an allen Plätzen gesucht!

Der Setzer **Julius Zillekens,** zuletzt in Herten (Westf.) in Kondition, wird um Angabe seiner Adresse ersucht zwecks Zustellung wichtiger Mitteilung. [951
Mannheim. **Badische Brauerei.**

Restaurant Gutenberg, Leipzig, Johannisgasse 19/21, Inhaber: Joh. Rohm.
Verkehrslokal der Leipziger Buchdrucker.
Anerk. gute Küche. Beste Getränke. Saal. Vereinszimmer.

Am 29. November verstarb nach langem Krankenlager an Lungenschwindsucht unser lieber Sangesbruder, der Setzer
Emil Stender
aus Bielefeld, im Alter von 20 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
955] **Der Graphische Gesangverein Bielefeld.**

Im blühenden Alter von fast 20 Jahren verschied nach längerem Leiden an der Berufskrankheit unser treuer Kollege, der Setzer [962
Emil Stender
aus Bielefeld. Er ruhe in Frieden!
Ortsverein Bielefeld (V. d. D. B.).

Am 29. November verschied nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Setzer
Emil Stender
aus Bielefeld, im 20. Lebensjahre. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.
961] **Bezirk Bielefeld (V. d. D. B.).**

Am 28. November verstarb nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Maschinenmeister [960
Willi Tuchscherer
aus Borna bei Leipzig, im Alter von 33 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Seesen a. H., 30. November 1910
Die Kollegen des „Beobachter".

Adressen für Zusendungen
an den „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer":
für Artikel, Gewerk-, Genossen- und Volkswirtschaftliches: Willi Krahl;
„ Sozialpolitisches, Rundschau und Literarisches: Charles Schäffer;
„ Korrespondenzen, Ausland und Feuilleton: Karl Helmholz;
„ Verbandsnachrichten, Inserate, Offerten, Postanweisungen usw.: Georg Löblich;
sämtlich in Leipzig, Salomonstraße 8. (Fernspr. 14111.) Straße und Hausnummer ist stets anzugeben!

Verleger: E. Döblin in Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: Karl Helmholz in Leipzig. — Druck von Radelli & Hille in Leipzig.